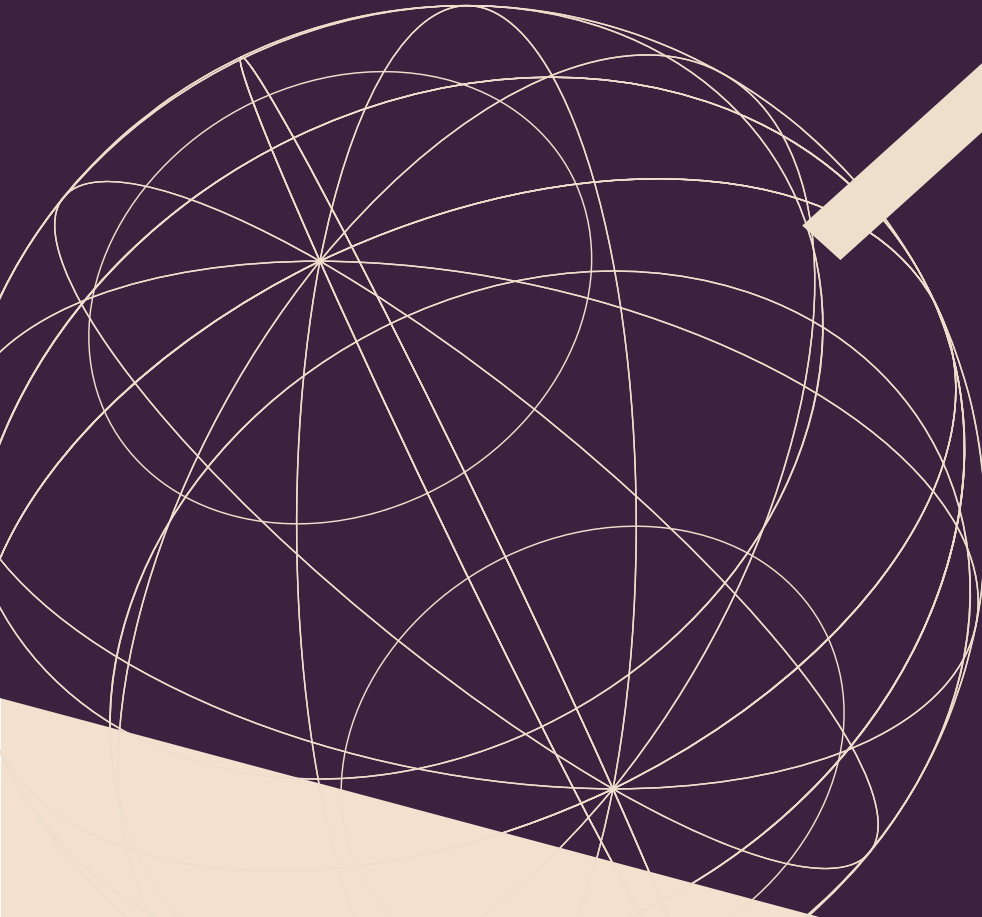


**Recognize  
Resist  
Rise up**



**Erst gewählt, dann bedroht?**  
Erfahrungen von weiblichen  
Bundestagsabgeordneten  
zu Hass und Hetze in der Politik



Co-funded by  
the European Union



Diversity in  
Leadership

Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen ausschließlich denen der Autorinnen und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission wider. Weder die Europäische Union noch die Europäische Kommission können dafür verantwortlich gemacht werden.

# Erst gewählt, dann bedroht?

## Erfahrungen von weiblichen Bundestagsabgeordneten zu Hass und Hetze in der Politik

Autorinnen: Sarah Robinson und Cécile Weidhofer

EAF Berlin - 2026

**Zitiervorschlag:** Sarah Robinson und Cécile Weidhofer:

Erst gewählt, dann bedroht? Erfahrungen von weiblichen Bundestagsabgeordneten zu Hass und Hetze in der Politik. EAF Berlin, 2026.

**Disclaimer:** Ursprünglich quantitativ erhobene Daten wurden für diesen Bericht qualitativ-explorativ und fragebezogen ausgewertet. Mit den so gewonnenen Daten lassen sich indikative qualitative Einblicke in die Erfahrungen von Bundestagspolitikerinnen gewinnen; quantifizierbare oder für die Grundgesamtheit repräsentative Aussagen können mit diesen Stichproben allerdings nicht getroffen werden. Diese Studie ist daher explizit als qualitativ narrativer Einblick in die Erfahrungen, Strategien und Wünsche von weiblichen Bundestagsabgeordneten im Hinblick auf geschlechtsbasierte Gewalt in der Politik zu verstehen.

**Inhaltshinweis:** Diese Untersuchung beschäftigt sich mit Gewalterfahrungen von Bundestagspolitikerinnen. Dabei werden insbesondere in Kapitel vier Erlebnisse und Zitate sowie Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen wiedergegeben. Die Studie enthält außerdem Begriffe, die anstößig, beleidigend, diskriminierend, oder (re-)traumatisierend wirken können.



Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen ausschließlich denen der Autorinnen und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission wider. Weder die Europäische Union noch die Europäische Kommission können dafür verantwortlich gemacht werden.

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Hintergrund zur Studie: Methodisches Vorgehen</b> .....	<b>2</b>
Soziodemografische Merkmale der Stichgruppe: Welche Erfahrungen sind abgebildet? .....	2
<b>3. Was versteht man unter Gewalt gegen Politikerinnen?</b> .....	<b>4</b>
<b>4. Von Sexismus im Netz bis zu Einschüchterungen im Alltag: Gewalterfahrungen weiblicher Bundestagsabgeordneter</b> .....	<b>7</b>
Psychische Gewalt: „Die stärksten Angriffe gibt es beim Engagement für Gleichstellung“ .....	8
Digitale Gewalt: „Solche Kommentare würde sicher kein männlicher MdB erhalten“ .....	11
Sexualisierte Gewalt, Misogynie und Sexismus: „Innerparteiliche Machtkämpfe gingen vor“ .....	12
Exkurs Machtspiele: „Du willst auch kein Fass aufmachen, um nicht als ‚Zicke‘ abgestempelt zu werden“ .....	14
Körperliche Gewalt: „Ich wäre um ein Haar in den Straßenverkehr gestürzt“ .....	15
Ökonomische Gewalt: „Das Schaufenster war danach komplett hinüber“ .....	17
<b>5. Zwischen Gegenwehr und Rückzug – Umgang mit Gewalterfahrungen</b> .....	<b>18</b>
Polizei, Partei, Plattform? Wohin sich Betroffene wenden .....	18
Wenn Anfeindungen Themen beeinflussen .....	20
<b>6. Was es jetzt braucht: Wünsche und Bedarfe der befragten Politikerinnen</b> .....	<b>21</b>
Sensibilisierte und konsequente Strafverfolgung .....	21
Institutionelle Anlaufstellen und Unterstützungsstrukturen .....	22
Maßnahmen gegen Sexismus und Diskriminierung .....	23
Plattformregulierung und Verantwortlichkeit .....	23
Gesellschaftliche Verantwortung und öffentliche Sensibilisierung .....	24
<b>7. Literaturverzeichnis</b> .....	<b>25</b>

# Abkürzungsverzeichnis

---

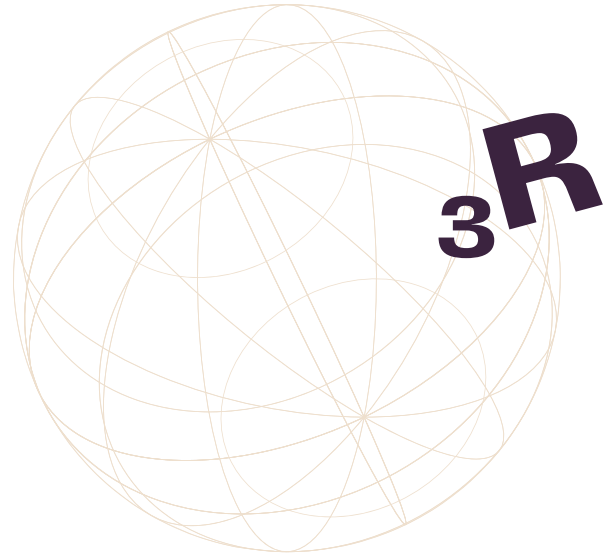
AfD	Alternative für Deutschland
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BIPoC	Schwarze, Indigene und People of Color (Selbstbezeichnung aus dem Englischen: Black, Indigenous and People of Color)
BKA	Bundeskriminalamt
BMBFSFJ	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BSW	Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern
CZ	Tschechien
DE	Deutschland
DM	Direktnachricht (aus dem Englischen: Direct Message)
DSA	Digitale-Dienste-Gesetz (aus dem Englischen: Digital Services Act)
FDP	Freie Demokratische Partei
GBV	Geschlechtsbasierte bzw. geschlechtsspezifische Gewalt (aus dem Englischen: Gender-based Violence)
HU	Ungarn
IE	Irland
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IPU	Interparlamentarische Union
KI	Künstliche Intelligenz
MdB	Mitglied des Bundestages
SK	Slowakei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

# 1. Einleitung

Im Rahmen des europäischen Projekts **Recognize, Resist, Rise Up (3R): Tackling Gender-Based Violence against Women in Politics** arbeitet ein Projekt-Konsortium aus den fünf zivilgesellschaftlichen Organisationen Fórum 50 % (CZ), EAF Berlin (DE), JÓL-LÉT Alapítvány (HU), Women for Election Ireland (IE) und Možnosť voľby (SK) von 2025 – 2027 daran, Hintergrundinformationen zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Politikerinnen zusammenzustellen.

## Ziele im Projekt sind darauf aufbauend:

- eine länderspezifische Selbstverpflichtungserklärung gegen geschlechtsbasierte Gewalt und Sexismus in der Politik zu entwickeln,
- betroffene Frauen durch Workshops und Empowerment-Trainings zu stärken,
- einen sichereren Raum zu schaffen, um Erfahrungen auszutauschen und Unterstützung durch Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu erhalten,
- strukturelle Veränderungen anzuregen,
- öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen,
- den Austausch bewährter Verfahren und die Entwicklung evidenzbasierter Empfehlungen in den beteiligten Ländern sowie darüber hinaus zu fördern.



Als Basis dafür zeichnet diese Studie Gewalterfahrungen und Eindrücke von Frauen im Bundestag nach. Dazu wurden alle weiblichen Mitglieder des Bundestages (MdB) der 21. Legislaturperiode sowie ausgewählte ehemalige weibliche MdB (der 20. Legislaturperiode) eingeladen, ihre Erfahrungen, Strategien und Wünsche für einen besseren Umgang mit geschlechtsbasierter Gewalt in der Politik sowie zu Maßnahmen gegen politische Gewalt im Allgemeinen zu teilen. Eine vergleichende Studie (nur auf Englisch verfügbar) gibt zudem Aufschluss über die Prävalenzen in Tschechien, Ungarn, Irland und der Slowakei. Statistisch belastbare, repräsentative Aussagen zum Vorkommen in Deutschland sind aufgrund eines zu geringen Rücklaufs, insbesondere in einem vergleichsweise großen Parlament, nicht möglich.

Diese Studie baut zudem auf Erkenntnissen des Länderberichts zum Vorkommen von geschlechtsbasierter Gewalt in der Politik in Deutschland (Stand Juni 2025) auf. Dieser Länderbericht **Recognize, Resist, Rise Up: Country Report for Germany on Gender-based Violence against Women in Politics** (nur auf Englisch verfügbar) kann auf der Website der EAF Berlin abgerufen werden.

## 2. Hintergrund zur Studie: Methodisches Vorgehen

Für diese Studie wurden im Zeitraum von November 2025 bis Mitte Februar 2026 (zu diesem Zeitpunkt) alle 205 weiblichen Bundestagsabgeordneten des 21. Deutschen Bundestages zur Teilnahme an einer Online-Umfrage eingeladen. Zusätzlich wurden insgesamt 36 ausgeschiedene weibliche Bundestagsmitglieder der vorherigen Legislaturperiode zur Befragung eingeladen. Mehrere Reminder, ein Anschreiben durch die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie separate Ansprachen der frauen- bzw. genderpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen als Multiplikatorinnen erfolgten, um auf die Umfrage aufmerksam zu machen.

Insgesamt gingen 22 verwertbare Fragebögen (12 von MdB der 21. und 10 von ehemaligen MdB der 20. Legislaturperiode) ein. Davon haben 16 (acht aktuelle MdB und acht ehemalige MdB) die Befragung bis zum Ende ausgefüllt.<sup>1</sup> Aufgrund der geringen Rücklaufquote von etwa 4 Prozent unter den aktuellen Bundestagsabgeordneten wurden die quantitativ erhobenen Daten qualitativ-explorativ ausgewertet. Als qualitative Inhaltsanalyse wurden Analyseeinheiten verwendet, die somit nicht die Vollständigkeit einzelner Fälle voraussetzten; auf einen Fallausschluss wurde verzichtet. Stattdessen erfolgte eine fragebezogene Auswertung, sodass alle vorliegenden Angaben der Teilnehmerinnen berücksichtigt werden konnten. Die Fallzahlen pro Frage schwanken entsprechend. Mit den so gewonnenen Daten lassen sich indikative qualitative Einblicke in die Erfahrungen von Bundestagspolitikerinnen gewinnen; quantifizierbare oder für die Grundgesamtheit repräsentative Aussagen können mit diesen Stichproben allerdings nicht getroffen werden. Diese Studie ist daher explizit als qualitativ narrativer Einblick in die Erfahrungen, Strategien und Wünsche von weiblichen Bundestagsabgeordneten im Hinblick auf geschlechtsbasierte Gewalt in der Politik zu verstehen.

Bei Angaben zur Betroffenheit oder eigenen Merkmalen wurden nur „ja“- und „nein“-Antworten berücksichtigt.

Schriftliche ergänzende Angaben der Teilnehmerinnen wurden redaktionell überarbeitet, um etwa Hinweise auf Alter, Bildung, Partei, geografische Herkunft oder eindeutig zur Identifizierung führende Angaben (wie Orte, Veranstaltungen, bestimmte Bezeichnungen etc.) zu anonymisieren.

### **Soziodemografische Merkmale der Stichgruppe: Welche Erfahrungen sind abgebildet?**

An der Umfrage nahmen Abgeordnete in ihren Zwanzigern bis hin zu Mandatsträgerinnen in ihren Sechzigern teil. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen ist zum Zeitpunkt der Umfrage über 40 Jahre alt, auch innerhalb des Deutschen Bundestages beträgt der Altersdurchschnitt unter den Frauen der 21. Legislaturperiode zum Wahlzeitpunkt 44,8 Jahre<sup>2</sup>. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten ist unter 40 Jahre alt. Es haben überwiegend Politikerinnen teilgenommen, die in ihrer ersten Wahlperiode sind bzw. für eine Legislaturperiode Bundestagsabgeordnete waren.

---

1 Ein Fragebogen bei den ehemaligen MdB wurde nahezu vollständig (97 %) ausgefüllt, hier fehlen lediglich wenige freiwillige soziodemografische Angaben. Der Fragebogen wurde daher ebenfalls als vollständig ausgewertet.

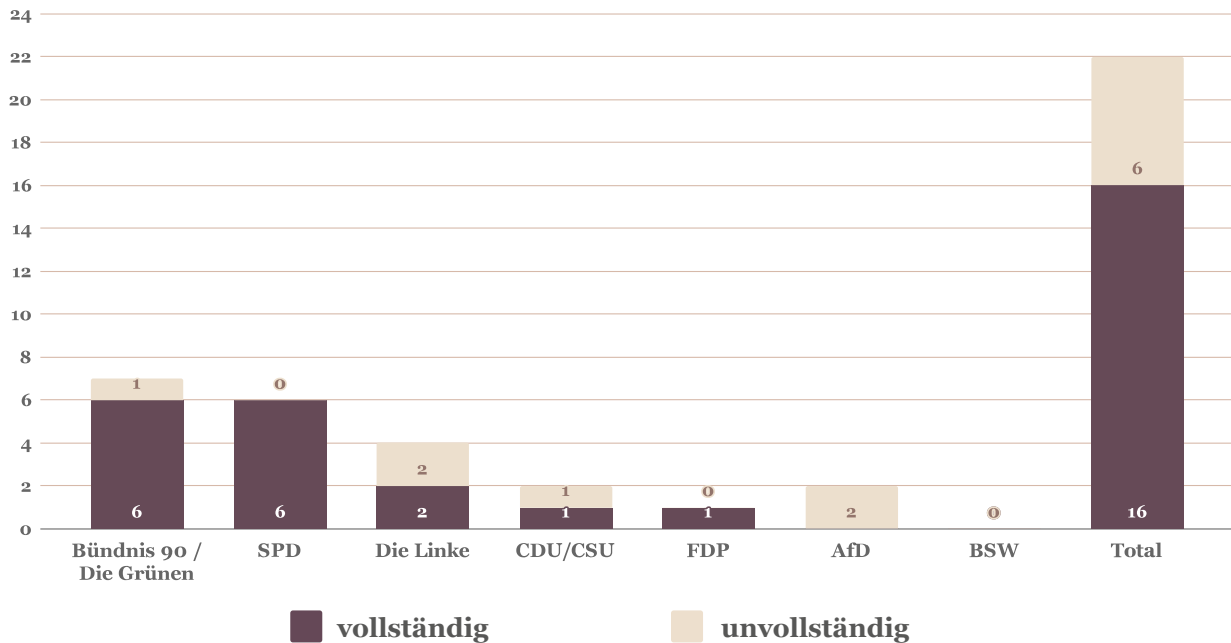
2 Deutscher Bundestag (2025): Alter, Geschlecht, Beruf. Abgeordneten-Statistik: Der neue Bundestag in Zahlen.

Die meisten der teilnehmenden Politikerinnen beschreiben sich als der weißen Mehrheitsgesellschaft zugehörig und nehmen keine Selbstbezeichnung wie *BIPoC* oder Person mit Migrationsgeschichte für sich in Anspruch. Der Anteil an Parlamentarierinnen, die sich selbst als Frau mit Migrationsgeschichte beschreiben, liegt mit mindestens 20 Prozent unter den Teilnehmerinnen dieser Umfrage jedoch höher als allgemein unter den Bundestagsabgeordneten: Im Deutschen Bundestag haben in der 21. Legislaturperiode ca. 16 Prozent der Frauen einen statistischen Migrationshintergrund,<sup>3</sup> insgesamt beträgt der Anteil von Abgeordneten mit Migrationsgeschichte aller Geschlechter etwa 11,6 Prozent (vs. 29,7 % in der Gesamtbevölkerung Deutschlands).<sup>4</sup>

An der Umfrage haben v.a. Bundestagsabgeordnete der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke teilgenommen; Rückläufe aus der Unionsfraktion (CDU/CSU) und der FDP (vollständig ausgefüllte Fragebögen für beide gingen nur bei den ehemaligen Abgeordneten ein) sind geringer. Von der AfD oder dem BSW gingen keine vollständigen Fragebögen ein.<sup>5</sup>

**Abbildung 1: Rückläufe nach Parteien/Fraktionen, untergliedert in vollständige und nicht abgeschlossene Fragebögen (n=22).**

### Rückläufe nach politischer Zugehörigkeit



3 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (DeStatis) hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

4 Eubel, Cordula et al. (2025): Bundestag 2025: 73 Abgeordnete mit Migrationshintergrund.

5 Im 21. Deutschen Bundestag sind die Parteien FDP und BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit) nicht vertreten, sie waren es allerdings in der vorherigen Legislaturperiode. BSW-Vertreter\*innen zogen nicht als Mitglieder dieser Partei in den Bundestag ein, sondern traten Anfang 2024 aus der Partei Die Linke aus, mit der sie zuvor in den Bundestag gewählt wurden.

### 3. Was versteht man unter Gewalt gegen Politikerinnen?

Politikerinnen können (geschlechtsspezifische) Gewalterfahrungen auf verschiedenen Ebenen machen. Die wohl bekannteste Unterteilung in die vier Formen (1) *körperliche*, (2) *psychische*, (3) *sexualisierte* und (4) *ökonomische Gewalt* hat die Interparlamentarische Union (IPU) in Untersuchungen zu Sexismus, Belästigung und Gewalt gegen Parlamentarierinnen 2016<sup>6</sup> sowie 2018<sup>7</sup> zu Politikerinnen in europäischen Ländern etabliert. Als überschneidende sowie zusätzliche fünfte Form muss inzwischen auch *digitale Gewalt* explizit erwähnt werden.

**Tabelle 1: Definitionen und Beispiele für die Kategorien geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV):**

<p><b>Körperliche Gewalt</b></p>	<p>Definiert als vorsätzliche Ausübung körperlicher Gewalt gegen eine andere Person (Art. 35).<sup>8</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Umfasst z. B. Treten und Schlagen.</li> </ul>
<p><b>Psychische Gewalt</b></p>	<p>Definiert als vorsätzliches Verhalten, das die psychische Integrität einer Person durch Zwang oder Drohungen ernsthaft beeinträchtigt (Art. 33).<sup>9</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zum Beispiel: Einschüchterung, Beleidigungen, Drohungen (einschließlich Vergewaltigungs- oder Morddrohungen), Belästigung, Stalking, Nötigung, Mobbing.</li> <li>➤ Dazu gehört auch symbolische und semiotische Gewalt (im Zusammenhang mit Symbolen und Sprache), die Frauen in der Politik „unsichtbar“ macht oder sie als inkompetent darstellt.<sup>10</sup></li> </ul>
<p><b>Sexualisierte Gewalt</b></p>	<p>Bezieht sich auf alle Gewalttaten sexueller bzw. sexualisierter Natur, die gegen eine andere Person ohne deren Einwilligung begangen werden, einschließlich der Vergewaltigung oder der Nötigung einer Person zur Teilnahme an nicht einvernehmlichem Sex mit einer dritten Person (Art. 36).<sup>11</sup></p> <p><b>Sexuelle Belästigung</b> meint jede Form von unerwünschtem verbalem, nonverbalem oder physischem Verhalten sexueller Natur, das die Würde einer Person verletzt oder darauf abzielt, insbesondere wenn dadurch ein einschüchterndes, feindseliges, erniedrigendes, demütigendes oder beleidigendes Umfeld geschaffen wird (Art. 40).<sup>12</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ (Versuchte) Sexuelle Nötigung, unerwünschte Berührungen, das Versenden unerwünschter intimer Materialien und Genitalbilder oder die Verbreitung sexualisierter Deepfakes.</li> <li>➤ Sexuelle Belästigung, einschließlich verbaler Äußerungen, die darauf abzielen, zu demütigen, zu erniedrigen oder einzuschüchtern.</li> </ul>

6 Interparlamentarische Union (IPU), (2016): Sexism, Harassment and Violence against Women Parliamentarians.  
7 Interparlamentarische Union (IPU), (2018): Sexism, Harassment and Violence against Women in Parliaments in Europe.  
8 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden „Istanbul-Konvention“), 2011.  
9 Istanbul-Konvention (2011).  
10 Krook, Mona und Restrepo Sanín, Juliana (2016): Violence Against Women in Politics: A Defense of the Concept.  
11 Istanbul-Konvention (2011).  
12 Istanbul-Konvention (2011).

<p><b>Ökonomische Gewalt</b></p>	<p>Kann als jede Handlung oder jedes Verhalten verstanden werden, das einer Person wirtschaftlichen bzw. materiellen Schaden zufügt.<sup>13</sup> Etwa:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verweigerung, Einschränkung oder Entzug des Zugangs zu Ressourcen, die für die Ausübung politischer Aufgaben unerlässlich sind (z. B. Büro, Gehalt, Mitarbeiter*innen oder technische Ausrüstung).</li> <li>➤ Vandalismus bis hin zur Zerstörung von Büros und Eigentum, die mit der politischen Funktion oder dem Mandat in Zusammenhang stehen.</li> <li>➤ Einschränkung oder Verweigerung des Zugangs zu Fortbildungen, Karriere-möglichkeiten oder finanzieller Unterstützung aufgrund des Geschlechts.</li> </ul>
<p><b>Digitale Gewalt</b></p>	<p>Digitale Gewalt geht in der Regel mit anderen Formen von Gewalt gegen Frauen in der Politik einher. Darüber hinaus gibt es spezifische Formen von (geschlechtsbasierter) Gewalt, die online bzw. durch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) erzeugt oder verbreitet werden. Dazu zählen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ <b>Cyberstalking</b> als vorsätzliches Verhalten, eine Person wiederholt oder kontinuierlich ohne deren Zustimmung oder gesetzliche Genehmigung durch IKT zu überwachen, um ihre Bewegungen und Aktivitäten zu verfolgen oder zu kontrollieren, [...] was dieser Person wahrscheinlich schweren psychischen Schaden zufügt (vgl. Art. 6).<sup>14</sup></li> <li>➤ <b>Cybermobbing und/oder -Belästigung</b> umfasst das Ausüben von Drohungen gegenüber einer Person [...] mittels IKT, wenn dieses Verhalten dazu führen kann, dass diese Person ernsthafte Angst um ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit von Angehörigen hat; [...] wenn dieses Verhalten dazu führen kann, dass dieser Person schwerwiegender psychischer Schaden zugefügt wird. Es umfasst ferner das unaufgeforderte Versenden von Bildern, Videos oder ähnlichem Material, das Genitalien zeigt, an eine Person mittels IKT, wenn dieses Verhalten geeignet ist, dieser Person schweren psychischen Schaden zuzufügen; [...] oder mit dem Ziel, andere Personen dazu anzustiften, dieser Person körperlichen oder schweren psychischen Schaden zuzufügen (vgl. Art. 7).<sup>15</sup></li> </ul> <p>Unter diesen Punkt fallen außerdem bspw. Online-Belästigung, öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass, nicht einvernehmliche Veröffentlichung personenbezogener Daten (Doxxing), Verbreitung von Hassrede(n) und digitale Verspottung/Verleumdung.</p>

Darüber hinaus wurden in der Umfrage die folgenden drei Arten von Machtdynamiken berücksichtigt, die am häufigsten bei Gewalt gegen Frauen in der Politik eine Rolle spielen:

- **Horizontale Gewalt** – zwischen auf politischer Ebene Gleichgestellten und Kolleg\*innen;
- **Vertikale Gewalt** – von Vorgesetzten oder Untergebenen innerhalb hierarchischer politischer Strukturen;
- **Gewalt durch Dritte** – von den Medien, der allgemeinen Öffentlichkeit, Mitgliedern anderer politischer Parteien sowie von Trollen und Bots in sozialen Medien.

13 Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE), (2017): Glossary of Definitions of Rape, Femicide and Intimate Partner Violence.  
14 Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Folgenden "EU-Richtlinie 1385"), (2024).  
15 EU-Richtlinie 1385 (2024).

Alle drei Ebenen lassen sich in Erlebnissen der Umfrageteilnehmerinnen wiederfinden: von Bots, die online systematisch auf Gleichstellungsthemen angesetzt wurden, über belästigende Bemerkungen oder unerwünschte Berührungen von Fraktionskollegen bis hin zu sexistischen Äußerungen über Aussehen und Kleidung oder Äußerungen bzgl. sexueller Handlungen durch Minister.

Viele der teilnehmenden Bundestagspolitikerinnen benennen eine Polarisierung und schreiben Anfeindungen explizit dem „gegenüberstehenden“ politischen Lager zu. Auch eine Analyse der Zwischenrufe im Deutschen Bundestag bis 2021 bestätigt, dass solche Unterbrechungen im parlamentarischen Diskurs zumeist von ideologisch entgegenstehenden Parteien bzw. Fraktionen stammen. Gerade apolitische Äußerungen, also solche, die gar nichts mit den Inhalten zu tun haben, sondern auf die persönliche Ebene zielen, dienen dabei vorwiegend der Einschüchterung und Abschreckung bis hin zur offenen Diskriminierung.<sup>16</sup>

Zur Einordnung sollte dennoch darauf verwiesen werden, dass bei den an das BKA gemeldeten politisch motivierten Straftaten die überwiegende Zahl der Fälle als rechtmotiviert erfasst ist.<sup>17</sup> Auch im Bundestag konkret gingen zwei Drittel aller Ordnungsrufe während der 20. Legislaturperiode (von Oktober 2021 – März 2025) an Abgeordnete der AfD.<sup>18</sup> Weitere Studien und Reportagen beschreiben ebenfalls einen allgemeinen Anstieg an Unterbrechungen sowie ein sich verschlechterndes politisches Klima seit dem Einzug der AfD in verschiedene Länderparlamente und in den Deutschen Bundestag.<sup>19</sup>

---

16 Hailer-Röthel, Teresa (2026): Decoding discourse: Gendered heckling in German Bundestag debates (1949-2021).

17 Bundesministerium des Innern (BMI) und Bundeskriminalamt (BKA), (2025): Fact Sheet: Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität.

18 Deutschlandfunk (2025): Bundestag: Zwei Drittel der Ordnungsrufe seit Ende 2021 gingen an AfD-Abgeordnete; Spieker, Greta Giuliana (2025): Immer mehr Ordnungsrufe im Bundestag.

19 Vgl. Hailer-Röthel, Teresa (2026): Decoding discourse: Gendered heckling in German Bundestag debates (1949-2021); Der Spiegel (2024): Bundestagspräsidentin Bas beklagt Sexismus im Plenarsaal.

## 4. Von Sexismus im Netz bis zu Einschüchterungen im Alltag: Gewalterfahrungen weiblicher Bundestagsabgeordneter

Politische Gewalt nimmt bereits seit einiger Zeit stetig zu, so bilden es einerseits Zahlen ab, andererseits berichten auch betroffene Politiker\*innen von zunehmend mehr Angriffen mit veränderter Intensität. Bundestagsabgeordnete sind dabei „beliebte“ Ziele von Anfeindungen und Projektionsflächen für gesellschaftlichen und politischen Frust und Hass. Eine Abgeordnete berichtet in unserer Umfrage bspw. davon, dass zeitweise zweiwöchentlich Demonstrationen vor ihrem privaten Wohnsitz stattfanden und sie Personenschutz von der Polizei benötigte.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie steigt die Zahl gemeldeter politisch motivierter Gewalt rasant an; Anfeindungen und Angriffe gegen Parteirepräsentant\*innen, politische Symbole sowie Amts- und Mandatsträger\*innen machen einen nicht unerheblichen Anteil aus.<sup>20</sup> Politische Gewalt zu erleben, kann inzwischen eher als Norm denn als Ausnahme betrachtet werden: Laut einer Umfrage des Magazins *Der Spiegel* im Jahr 2021 haben 69 Prozent der weiblichen Bundestagsabgeordneten schon einmal frauenfeindlichen Hass als Abgeordnete (z. B. durch Drohungen, Beleidigungen, Nachrichten oder auch Vandalismus) erlebt.<sup>21</sup>

Auch im Rahmen dieser explorativen Studie gibt es unter den Befragten Belege für alle Formen geschlechtsbasierter Gewalt gegen Politikerinnen. Besonders häufig sind, wie auch andere Studien attestieren,<sup>22</sup> Beleidigungen und Bedrohungen (klassifiziert als psychische Gewalt) sowie digitale Gewalt, insbesondere in den sozialen Medien. Dies trägt erheblich dazu bei, Frauen aus digitalen Diskursräumen zu drängen. Für alle Politikerinnen, die an dieser Umfrage teilgenommen haben, ist oder war es Realität, im Rahmen ihres Mandats hasserfüllte Kommentare oder sogar Drohungen online zu erhalten, egal welcher Partei sie angehören.

Auch Formen sexualisierter Gewalt, etwa Vergewaltigungsdrohungen, unerwünschte Berührungen und Bemerkungen mit sexuellem Unterton, hat rund die Hälfte der Teilnehmerinnen schon erlebt – bei den Abgeordneten unter 40 Jahren steigt diese Tendenz sogar. Bezogen auf ökonomische Gewalt, bspw. durch Sachbeschädigung und Vandalismus oder einen eingeschränkten Zugang zu Ressourcen, haben mehrere Teilnehmende Erfahrungen mit beschmierten oder zerstörten Wahlplakaten oder mit Angriffen auf ihre Wahlkreisbüros gemacht. Körperliche Gewalt scheint gegen die befragten Politikerinnen am wenigsten verbreitet zu sein, auch dies deckt sich mit den Ergebnissen anderer Befragungen.<sup>23</sup>

Weibliche Abgeordnete trifft dafür geschlechtsspezifische und frauenfeindliche Gewalt in besonderem Ausmaß, häufig auch in Kombination mit Anfeindungen aufgrund anderer Merkmale, insbesondere Äußerlichkeiten. Personen mit Migrationsgeschichte bspw. sind im Bundestag zwar allgemein unterrepräsentiert,<sup>24</sup> in dieser Umfrage jedoch stärker vertreten. So lassen sich bereits bei der geringen Fallzahl, die an der Umfrage teilgenommen hat, Verbindungen feststellen: Eine Politikerin beschreibt, dass sie bereits mit Gewaltfantasien und Hassrede bedroht wurde, in der ihr Geschlecht explizit mit ihrer „Herkunft“ (sie gibt an, eine Migrationsgeschichte

---

20 Bundesministerium des Innern (BMI) und Bundeskriminalamt (BKA), (2025): Fact Sheet: Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität.

21 *Der Spiegel* (2021): Frauenfeindlichkeit im Bundestag durch AfD gestiegen.

22 Vgl. Robinson, Sarah (2025): Recognize, Resist, Rise Up.

23 Vgl. Robinson, Sarah (2025): Recognize, Resist, Rise Up.

24 Eubel, Cordula et al. (2025): Bundestag 2025: 73 Abgeordnete mit Migrationshintergrund.

zu haben) verknüpft wurde. Eine andere Abgeordnete mit Migrationsbiografie wurde von rechtsextremen Jugendlichen bedroht und beschreibt, dass ihr, ihren Angehörigen und syrischen Freundinnen die Flucht ins Ausland nahegelegt wurde, da sie nicht mehr sicher seien und bald sowieso aus dem Land geworfen würden. Gerade Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung steht bei einigen im Zusammenhang mit den erlebten Anfeindungen bis hin zu konkreten Drohungen.

Thematisch lassen sich auch darüber hinaus grundsätzliche Reizthemen, die zu Anfeindungen führen können, erkennen: so etwa Gesundheitspolitik gerade zu Zeiten der COVID-19-Pandemie, Migrations- und Gleichstellungsthemen und der Einsatz für das Klima oder gegen Diskriminierung.

Medienberichte lassen vermuten, dass Anfeindungen die Breite der Amts- und Mandatsträgerinnen, von weniger exponierten bis in die höchsten Ämter, treffen: Allein an zwei öffentlichen Äußerungen der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas (CDU), die bis 2025 Abgeordnete des Deutschen Bundestages war, zeigen sich versuchte gefährliche Körperverletzung, die möglicherweise gegen die Politikerin selbst gerichtet war, sowie sexualisierte und erniedrigende Einschüchterung. Während einer Rede bei einer Demonstration für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz im März 2024 explodierte beispielsweise ein Sprengkörper, eine Demonstrantin wurde bei der Veranstaltung verletzt.<sup>25</sup> Außerdem berichtet Yvonne Magwas im Buch *„Feindbild Frau. Wie Politikerinnen im Netz bedroht, beleidigt und verdrängt werden – und was wir alle dagegen tun können“* von Ingrid Brodnig darüber, dass während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete eine vollonanierte Deutschlandflagge an ihr Wahlkreisbüro geschickt wurde.<sup>26</sup>

All diese Beispiele verdeutlichen, dass es sich nicht um vereinzelte Vorfälle handelt, sondern um ein vielschichtiges Phänomen politischer Gewalt, mit spezieller Färbung gegenüber Politikerinnen. Um diese Dynamiken genauer zu erfassen, ist eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Erscheinungsformen notwendig. Im Folgenden werden daher verschiedene Gewaltkategorien unterschieden und eingeordnet.

### **Psychische Gewalt: „Die stärksten Angriffe gibt es beim Engagement für Gleichstellung“**

Die folgenden Ergebnisse geben einen genaueren Einblick in Formen psychischer Gewalt gegen Politikerinnen, insbesondere in Form von **Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungen**. Dabei wurden sowohl Erfahrungen im digitalen Raum als auch in direkten, physischen Begegnungen berücksichtigt. Zudem zeigen sich Unterschiede zwischen Altersgruppen sowie in den Kontexten, in denen Gewalt auftritt, von öffentlichen politischen Situationen bis hin zum privaten Umfeld.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist, von wem die Gewalt ausgeht: Neben Angriffen durch Bürger\*innen und organisierte Gruppen berichten Politikerinnen auch von übergriffigem Verhalten innerhalb politischer Strukturen. Insgesamt wird deutlich, dass psychische Gewalt in unterschiedlichen Formen, Räumen und Beziehungsgefügen auftritt und damit den politischen Alltag von Politikerinnen maßgeblich prägt.

Fast alle befragten Politikerinnen (n=20) berichten, bereits Drohungen gegen sich selbst erhalten zu haben. Besonders belastend sind Situationen, in denen diese mit konkreten persönlichen Informationen verknüpft sind und dadurch eine unmittelbare Bedrohungslage erzeugen. So schildert eine Abgeordnete:

---

25 Jähn, Nicole (2024): Nach Zwischenfall bei Demokratie-Demo: Polizei findet verbotene Sprengsätze in der Wohnung eines Auerbachers.

26 Brodnig, Ingrid (2026): *Feindbild Frau*.

*„Ein anderes Mal hat mich ein Mann in meinem Zug kurz vor dem Ausstieg in meinem Wohnort beleidigt und mir mehrfach den Hitlergruß gezeigt – das war an einem 20. April, dem Geburtstag von Hitler. Der Mann sprach mich mit meinem vollen Namen an und wusste genau, wer ich war. Er wohnte im gleichen Ort und das hat mir Angst gemacht. Beim Aussteigen wollte er mich und meinen Mann auch körperlich angreifen, davon haben ihn zwei ältere Verwandte abgehalten.“*

Solche Androhungen physischer Gewalt rufen auch psychischen Stress hervor. Die meisten der Befragten (n=18) berichten von Androhungen körperlicher Gewalt, bei den unter 40-jährigen Politikerinnen sogar alle. Darüber hinaus richten sich diese Drohungen nicht nur gegen die Betroffenen selbst, sondern auch gegen ihr privates Umfeld: Etwa ein Drittel der Befragten gibt an, dass auch ihre Familien betroffen sind (bei den unter 40-Jährigen fast ein Viertel). Dies verweist auf die Ausweitung der Gewalt in den privaten Raum und besonders sensible Bereiche wie das Familienleben.

An diese Bedrohungserfahrungen schließt sich häufig einschüchterndes und belästigendes Verhalten im direkten Kontakt an. Eine deutliche Mehrheit der befragten Bundestagspolitikerinnen berichtet von solchem wiederholten und bedrohlichen Verhalten, das besonders im Rahmen der Mandatsausübung auftritt. Öffentliche Situationen wie Wahlkampf oder Infostände werden somit zu zentralen Orten psychischer Gewalt:

*„Beim Infostand mit MdB Aufklappschild von einem Mann mittlerer Größe in schwarzer Jacke von hinten angerempelt, umgedreht während rückwärts weiter gelaufen, mich mit den Augen fixiert und die Faust gehoben und angesetzt auf mich zurückzukommen. Ein männlicher Kollege kam mir zur Seite und dann stoppte der Angreifer seinen Zulauf und eilte in die entgegengesetzte Richtung.“*

Neben diesen physischen Begegnungen setzt sich die Gewalt im digitalen Raum fort. Hier nehmen insbesondere **sexistische und sexualisierte Äußerungen** eine zentrale Rolle ein: Vier von fünf der Befragten berichten von entsprechenden Kommentaren. Diese sind häufig nicht nur beleidigend, sondern auch explizit bedrohlich und dienen der Einschüchterung sowie der Delegitimierung politischer Positionen:

*„In [online] Kommentaren, etwa in der Art: Man müsse mich mal vergewaltigen, um zu testen, ob ich dann noch eine sogenannte humanitäre Flüchtlingspolitik unterstützen würde. Vielleicht schauen dann auch mal die Rechten bei mir vorbei.“*

Doch auch im privaten Alltag der Politikerinnen kommt es zu **einschüchterndem und belästigendem Verhalten**, etwa durch Bürger\*innen. Die Grenze zwischen öffentlicher Rolle und Privatleben verschwimmt dabei zunehmend, sodass Bedrohungen bis in das persönliche Umfeld hineinreichen. Gerade diese Form der Ansprache im privaten Raum entfaltet eine besondere Qualität psychischer Gewalt, da sie gezielt Angst erzeugt, das Sicherheitsgefühl untergräbt und die Betroffenen in ihrer Privatsphäre trifft:

*„Wir bekamen Postkarten mit Galgen in den Briefkasten und den Hinweis, dass man wisse, wo wir wohnen.“*

Auch indirekte Drohungen, die auf das unmittelbare Lebensumfeld zielen, verdeutlichen diese Form der Einschüchterung:

*„Einmal hat ein Teilnehmer einer der [... D]emos [...] mich angesprochen, als ich auf dem Balkon saß und fragte, ob ‚diese Katze‘ meine sei, ob ich sie lieb hätte und was wäre, wenn die Katze nicht mehr nach Hause käme. Ich habe das als Drohung empfunden, meine Katze umzubringen.“*

Während sich diese Formen psychischer Gewalt vor allem in direkten Interaktionen und der Online-Kommunikation zeigen, wird von sexualisierten oder abwertenden Darstellungen durch die Presse vergleichsweise selten berichtet. Zum Teil wird hier allerdings ein mangelnder Wille, Subjekte der Berichterstattung zu schützen, beklagt, etwa wenn grenzüberschreitende Kommentare unter Artikeln nicht moderiert werden. Dies unterstreicht die besondere Bedeutung digitaler und unmittelbarer Kommunikationsräume für die Verbreitung psychischer Gewalt, wie auch die Verantwortung von Medienschaffenden.

Die **Auswirkungen dieser Gewalt** beschränken sich jedoch nicht auf den politischen Raum, sondern reichen tief in den privaten Alltag hinein. Politikerinnen berichten von einer anhaltenden Belastung durch verbale Angriffe über verschiedene Kanäle hinweg, die sich über längere Zeiträume summieren:

*„Aufforderungen wie „Strick dir doch ein schönes Seil, dann hast du Ruhe für immer“ haben mich auch belastet. Die Menge an Hass von allen Seiten über eine längere Zeit hinweg und auf allen möglichen parallelen Kanälen war schwer zu ertragen. Da vieles davon öffentlich stattfand, habe ich auch darüber nachgedacht, wie das junge Frauen abschreckt, selbst mal in die Politik zu gehen, weil man dann so einen Umgang ertragen muss.“*

Auch die schiere Masse an feindseligen Nachrichten verstärkt die Belastung erheblich:

*„In manchen Wochen habe ich tausende kritische Mails erhalten, darunter viele, die auch beleidigend und bösartig waren („Nürnberger Prozesse“<sup>27</sup> angedroht), allein die Masse habe ich als sehr belastend empfunden, normale Mails hat man kaum noch gefunden.“*

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass psychische Gewalt für viele Bundestagspolitikerinnen ein struktureller Bestandteil ihres politischen Alltags ist.

Rund zwei Drittel der Befragten geben an, schon einmal mindestens einen Vorfall gemeldet zu haben. Die Meldungen erfolgten am häufigsten bei der Polizei beziehungsweise der Staatsanwaltschaft, daneben auch über Online-Plattformen sowie bei Anlauf- und Beratungsstellen.

Ein Teil der Vorfälle wird zudem innerhalb parlamentarischer Strukturen adressiert, insbesondere wenn es sich um Übergriffe im politischen Arbeitsumfeld handelt:

*„[Einen] Vorfall mit einem Fraktionsmitglied hatte ich über die frauenpolitische Sprecherin an die Fraktionsvorsitzenden gemeldet, die daraufhin die Sitzordnung für die Fraktionssitzung so änderten, dass ich nicht mehr neben dem MdB sitzen musste, der mich mehrfach sexistisch ansprach.“*

---

27 Die Betroffene schildert, dass ihr als Antwort auf einen Post von ihr anderweitig angedroht wurde, dass es bald neue Nürnberger Prozesse gäbe und sie dann „dran“ sei.

Andere Fälle werden direkt an Sicherheitsbehörden weitergegeben, insbesondere wenn konkrete Bedrohungen vorliegen:

*„Ich habe einen Drohbrief dem BKA zur Prüfung übergeben.“*

### **Digitale Gewalt: „Solche Kommentare würde sicher kein männlicher MdB erhalten“**

Ein zentraler Bereich, in dem weibliche Bundestagsabgeordnete Gewalt erfahren, sind digitale Räume. Die folgenden Ergebnisse verdeutlichen, in welchen Formen sich digitale Gewalt äußert und wie verbreitet entsprechende Anfeindungen im politischen Alltag sind.

Im Rahmen dieser Studie wurde v.a. **verbale Gewalt durch Beleidigungen, Herabwürdigung, Nötigung und Drohungen online** (z. B. in sozialen Medien, Messenger-Apps, E-Mails) erfasst. Zwar geben einige der hier befragten Bundestagsmitglieder an, auch Erfahrungen mit bildbasierter digitaler Gewalt gemacht zu haben, etwa durch den ungewollten Erhalt von Genitalbildern. Etwa jede dritte Befragte hat außerdem bereits erlebt, dass Fotos von ihr von anderen mit erniedrigenden oder sexualisierten Anspielungen veröffentlicht wurden. Nähere Angaben zur Herstellung und Verbreitung sogenannter Deepfakes (also verfälschtem Bild- oder Audiomaterial, z. B. zum Zweck der Desinformation) wurden jedoch von den 17 Teilnehmerinnen in diesem Frageblock kaum gemacht. Auch Doxxing, also das illegale und systematische Sammeln und Veröffentlichen privater und/oder personenbezogener Daten anderer Personen im Internet,<sup>28</sup> wird von den Teilnehmerinnen nicht erwähnt – wohl allerdings allgemeine Hackerangriffe, zu denen kein weiterer Ausgang mitgeteilt wurde.

Alle hier befragten Politikerinnen kennen das Gefühl, im Rahmen ihres Mandats hasserfüllte Kommentare oder sogar Drohungen online zu erhalten – unabhängig von Alter oder Partei.

*„Immer wenn ich etwas zu Gleichstellung oder Frauenthemen poste, hagelt es frauenfeindliche Kommentare. Ich lese die einfach nicht mehr.“*

Neben öffentlichen Kommentaren unter Beiträgen auf Social Media haben die meisten Umfrageteilnehmerinnen auch schon private Hassnachrichten, Beleidigungen oder Drohungen erhalten, z. B. per E-Mail oder DM (*Direct Message*, also Direktnachricht). In den sozialen Medien erfolgt dies häufig als Antwort auf Story-Beiträge (z. B. auf Instagram) sowie bei Themen, die sich mit Gleichstellung befassen.

Alle jüngeren Parlamentarierinnen unter 40 Jahren haben bereits private Nachrichten online erhalten, die bedrohend wirken, sie erniedrigen oder einschüchtern sollten:

*„[Ich habe] dauerhaft Penisbilder zugeschickt bekommen oder Dating-Anfragen erhalten. Unter Posts dann Kommentare zu meinem Aussehen erhalten oder unangemessene „Komplimente“ erhalten, wenn es um fachliche Posts ging.“*

---

28 HateAid (2025): Doxxing: Was ist das und wie schützt du dich?

Danach gefragt, ob Männer die beschriebenen verletzenden Kommentare oder Nachrichten wohl auch erhalten würden, vermuten fast alle Befragten, dass dies (eher) nicht der Fall sei. Sie verorten damit **eindeutig geschlechtskonnotierte Nuancen** in den Anfeindungen, die sie erlebt haben. Die Abgeordneten geben ebenfalls an, dass solche Kommentare und Nachrichten häufig einen Bezug zu ihrem Äußeren (bspw. Gewicht, Körper, Aussehen und Kleidung) aufweisen oder sich auf ihre (mangelnden) Fähigkeiten und Eignung für Politik (wie etwa Intelligenz, Glaubwürdigkeit, junges Alter, „Quotenfrau“) beziehen. Auch traditionelle Rollenbilder werden als vermeintliche Begründung für „Kritik“ angeführt:

*„Als ich ein Foto mit weiblichen Bundestagsabgeordneten auf Social Media postete, bekam ich als Antwort: ‚einzige Qualifikation: Titten‘ sowie ‚Frauen als Zierde und zur Repräsentation‘. Und warum ich mich da in die Öffentlichkeit wage, dass ich als Frau an den Herd gehöre und nicht in die Politik. Ich wurde immer wieder als ‚Quotenfrau‘ mit abwertender Konnotation bezeichnet [...] unendlich viele solcher Beispiele.“*

Dass solche Ansichten gesellschaftlich nach wie vor verankert sind, deckt sich mit den Erkenntnissen aus repräsentativen Langzeitbefragungen wie der Leipziger Autoritarismus Studie, wonach 2024 rund jede\*r fünfte Befragte der Aussage „Frauen machen sich in der Politik häufig lächerlich“ zustimmte und sogar jede vierte Person fand, dass sich Frauen „wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter“ konzentrieren sollten.<sup>29</sup>

### **Sexualisierte Gewalt, Misogynie und Sexismus: „Innerparteiliche Machtkämpfe gingen vor“**

Der nachfolgende Abschnitt konzentriert sich auf Berichte zu Formen sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt, von denen die befragten Bundestagsabgeordneten berichten. Diese wurden sowohl digital als auch offline erlebt und geben Einblicke in das Ausmaß, Erscheinungsformen und Täter\*innenprofile zu diesen Gewaltformen.

**Frauenfeindliche Aussagen und Sexismus** sind für die meisten im Rahmen ihres Mandates gang und gäbe. Auf verbaler Ebene legt eine anderweitige Auswertung von Zwischenrufen im Deutschen Bundestag bis 2021 nahe, dass Politikerinnen am Redepult insbesondere seit den späten 1980er Jahren häufiger unterbrochen werden, besonders durch männliche Abgeordnete, wobei auch parteipolitische Konfliktlinien eine zentrale Rolle spielen.<sup>30</sup> Auch wenn Zwischenrufe der legitimen Kritik, dem gegenseitigen Verständnis und dem politischen Diskurs dienlich sein können, sollte beachtet werden, dass durch den vorhandenen Gender-Bias prozedurale Fairness und Annahmen über die Rolle, Themen, Kompetenzen und letztlich die Legitimation von Frauen in der Politik negativ beeinflusst und reproduziert werden können.<sup>31</sup>

Auch hier kommen traditionelle Rollenvorstellungen zum Tragen, etwa wenn Frauen als ungeeignet für Führungspositionen dargestellt werden und ihnen ein Platz im öffentlichen Leben abgesprochen wird:

*„Ich wurde häufig für inkompetent und dumm erklärt und häufiger mit Bezug auf mein Frausein [...] ‚Frauen braucht, aber sicher nicht in Führungspositionen. Die Welt ist männlich und wird es immer bleiben‘. Mir wurde auch geschrieben, ich solle zurück an den Herd gehen und meinem Mann was kochen.“*

29 Decker, Oliver et al. (2024): Die Leipziger Autoritarismus-Studie: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen (Leipziger Autoritarismus Studie 2024).

30 Hailer-Röthel, Teresa (2026): Decoding discourse: Gendered heckling in German Bundestag debates (1949-2021).

31 Hailer-Röthel, Teresa (2026): Decoding discourse: Gendered heckling in German Bundestag debates (1949-2021).

Dabei scheint häufig abwertend die Rede von „Quotenfrauen“ – das Vorhandensein von Frauenquoten in einigen Parteien wird entsprechend als zwangsläufig auf Kosten der Kompetenz gehend instrumentalisiert. Dies ist nicht nur, aber scheinbar gerade auch für jüngere Frauen besonders verletzend, da ihnen regelmäßig die Kompetenz, für ihr Mandat (etwa wegen des Alters) geeignet zu sein und dieses gerade aufgrund ihrer Eignung und Qualifikationen erhalten zu haben, abgesprochen wird:

*„Besonders häufig [habe ich] im Straßenwahlkampf etwa diesen Vorwurf erlebt: Ich wäre so jung und schön und deshalb bestimmt in die erste Reihe gekommen. Was könne ich aber schon für Kompetenzen überhaupt nachweisen?“*

Die gleiche Abgeordnete beschreibt, dass solche Äußerungen durchaus nicht nur von Männern, sondern auch parteiintern von anderen Mandatsträgerinnen fielen oder diese sogar bei männlichen Kollegen schlecht über die Eignung der Person sprächen. Sie verortet dies im Neid bzw. dem innerparteilichen Konkurrenzkampf – eine Strategie des politischen Überlebens, die manche Frauen wählen, während andere bewusst auf Frauennetzwerke zurückgreifen, um neue Strukturen zu etablieren.<sup>32</sup>

Von den acht Teilnehmerinnen, die hierzu in der Umfrage Angaben gemacht haben, werden Täter\*innen mehrheitlich bei anderen Parteien und in der Zivilbevölkerung (etwa Menschen aus dem eigenen Wahlkreis) verortet. Bei Vorfällen innerhalb der eigenen Partei besteht oft zusätzlich ein Machtgefälle, in dem die Täter\*innen mehr Einfluss in der politischen/innerparteilichen Hierarchie innehaben. Grundsätzlich lassen sich sexistische Strukturen, Handlungen, Äußerungen und Verhaltensweisen in allen Parteien finden.<sup>33</sup>

Diese Rückmeldungen decken sich mit Studien, die auf Gewalt online oder gegen Kommunalpolitiker\*innen fokussieren: Bei digitaler Gewalt gaben 29 Prozent der von HateAid befragten Frauen in der Politik an, dass Angriffe von männlichen Politikern anderer Parteien stammten und etwa 16 Prozent aus den Reihen der eigenen Partei.<sup>34</sup> Offline sind die meisten Verdächtigen (78 %) männlich, zwischen 40 und 59 Jahre alt und im gleichen Ort wohnhaft.<sup>35</sup> Das Bundeskriminalamt (BKA) stellt zudem fest, dass Gewalt gegen Frauen aus frauenfeindlichen Motiven im Berichtsjahr 2023, sofern Täter\*innen identifiziert werden konnten, überwiegend (72,8 %) von Männern über 30 Jahren ausgeübt wurde.<sup>36</sup>

**Sexualisierte Anfeindungen** stellen ebenfalls einen wiederkehrenden Bestandteil des politischen Alltags von Frauen im Bundestag dar. Knapp die Hälfte der 15 Abgeordneten, die auf diese Frage geantwortet haben, hat Verhaltensweisen, die sie selbst als sexuelle Belästigung einschätzt, als Bundestagspolitikerin erlebt – bei den jüngeren Befragten unter 40 Jahren trifft dies in etwa auf zwei von drei Politikerinnen zu. Auch HateAid kommt zu dem Schluss, dass mindestens 20 Prozent der politisch aktiven Frauen, die digitale Anfeindungen erleben, auch schon in sexualisierter Weise angefeindet wurden; jede vierte Politikerin hat zudem bereits sexualisierte Drohungen wie Vergewaltigungsandrohungen erhalten.<sup>37</sup> Diese Form der Gewalt tritt bei Frauen in der Politik wesentlich häufiger auf als bei ihren männlichen Kollegen.<sup>38</sup>

32 Köcher, Renate und Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen.

33 Köcher, Renate und Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen.

34 HateAid et al. (2025): Angegriffen & alleingelassen.

35 Bitschnau, Sarah und Eberspach Kirsten (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Frühjahrsbefragung 2024.

36 Bundeskriminalamt (BKA), (2024): Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Bundeslagebild 2023.

37 HateAid et al. (2025): Angegriffen & alleingelassen.

38 HateAid et al. (2025): Angegriffen & alleingelassen; Köcher, Renate und Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen.

Als Täter\*innen werden von den Bundestagspolitikerinnen vorwiegend Personen aus anderen Parteien oder aus dem Wahlkreis (also z. B. ganz normale Bürger\*innen) beschrieben. Einige Abgeordnete machen allerdings auch Angaben zu Personen aus der eigenen Partei, von Personen auf gleicher Ebene bis hin zu Menschen, die ihnen hierarchisch übergeordnet sind/waren. Auf verbaler Ebene kamen bspw. sexistische Äußerungen über Aussehen und Kleidung oder Äußerungen bzgl. sexueller Handlungen vor:

*„Aber auch ein Fraktionskollege hat sich mir gegenüber sexistisch geäußert, z. B. sagte er, als er etwas Herabgefallenes vom Boden aufhob neben mir, dass es von meinem Rock abhängt, ob er es schafft, nicht darunter zu gucken.“*

Eine Mandatsträgerin gibt an, bereits beobachtet zu haben, wie eine andere Abgeordnete durch eine Person aus dem Wahlkreis sexuell belästigt wurde. Insofern passieren nicht einmal alle Übergriffe im Verborgenen, woraus dann möglicherweise Situationen entstehen, in denen Aussage gegen Aussage stehen könnte. Auch im öffentlichen Raum oder unter Zeug\*innen ereignen sich sexualisierte Übergriffe, die für die Täter\*innen immer noch häufig ohne Konsequenzen bleiben. Die meisten dieser Vorfälle haben die betroffenen Politikerinnen weder fraktionsintern gemeldet noch angezeigt, die Gründe dafür sind jedoch komplex. So wird von einer Abgeordneten z. B. davon berichtet, dass Konsequenzen nach einer fraktionsinternen Beschwerde wegen wiederholter Belästigung als unzureichend empfunden wurden und sie sowie eine andere betroffene Kollegin schutzlos blieben, weil sie einer anderen innerparteilichen Strömung angehörten als Täter und Fraktionsspitze.

Sie berichtet:

*„Als ich [...] mich beschwerte, gab es [...] weder eine öffentliche Kritik (also innerhalb der Fraktion öffentlich), noch bilateral dem Täter gegenüber [Konsequenzen] (wie ich erfuhr). [...] Innerparteiliche Machtkämpfe gingen vor und der Mann hatte mächtige Unterstützende in der Partei.“*

Hieran zeigt sich auch die Bedeutung von Loyalitäten im politischen Geflecht und ihr Einfluss auf Abläufe und Strukturen innerhalb von Parteien und Fraktionen.

### **Exkurs Machtspiele: „Du willst auch kein Fass aufmachen, um nicht als ‚Zicke‘ abgestempelt zu werden“**

Auffallend ist, dass alle befragten Politikerinnen unter 40 Jahren angeben, bereits Ziel sexistischer oder sexualisierter Bemerkungen und Beleidigungen gewesen zu sein. Auch die überwiegende Mehrheit der Politikerinnen über 40 Jahre gibt an, bereits von solchen Bemerkungen betroffen gewesen zu sein. Beispielsweise passierte dies unter den 15 Politikerinnen, die dazu Angaben machten, in jüngeren Jahren durch ältere Parteikollegen oder bei parlamentarischen Veranstaltungen, also direkt innerhalb der politischen Arena. Vieles davon geschieht über subtile Machtdemonstrationen, bei denen Männer den Ton anzugeben scheinen und Frauen v.a. als schmückendes Beiwerk gesehen werden:

*„Es ist aus meiner Sicht sehr verbreitet, dass Dinge im grauen Bereich geschehen. Ich möchte es ansprechen, da es etwas mit einem macht und oft als zu niedrig empfunden wird, um zu eskalieren, aber doch eigentlich nichts im Professionellen zu suchen hat.“*

*Was ich meine sind unterschwellige Machtspiele: Männliche Kollegen, oft schon seit vielen Jahren MdB oder sogar in Regierungsämtern, die zufällig ihre Hand auf dem Rücken eigentlich zu tief setzen, wenn sie sich als besonders galant zeigen wollen, ein Begrüßungskuss auf der Wange besonders*

*leidenschaftlich verpasst wird, [...] Frau lernt als junge MdB sehr schnell, du lässt das über dich ergehen und du willst auch kein Fass aufmachen, um nicht als ‚Zicke‘ abgestempelt zu werden.“*

Bei dieser Schilderung liegt die Tücke eben gerade darin, dass sich die Täter leicht auf Missverständnisse berufen können, statt ein eigenes Fehlverhalten eingestehen zu müssen. Somit wird nahegelegt, dass eine Frau, die sich dagegen wehrt, unkollegial sein könnte, keinen Spaß verstehe oder eben einfach zu empfindlich sei und überreagiere. Frauen bleibt ein solcher (interner) Ruf als „Zicke“ oft lange erhalten, während ein Ruf etwa als „Grapscher“ bei Männern zumeist abgetan wird oder innerhalb der weiteren politischen Karriere ausgeklammert wird, wie auch die Schilderung über Männer in Regierungsämtern nahelegt. Bei Frauen, die einmal als unbequem empfunden werden, sind jedoch schnell weitere Konsequenzen für ihre politische Karriere im Spiel.<sup>39</sup> So berichtet eine Kandidatin, dass ihr nahegelegt wurde, ein Mandat zu Gunsten eines Mannes auf dem Listenplatz nach ihr nicht anzunehmen. Stattdessen könne man ihr eine Karriere in der Landespolitik anbieten. Sie entschied sich für das Bundestagsmandat und erlebte seitdem, dass einer ihrer vorherigen Hauptförderer fortan Mehrheiten gegen sie unterstützte:

*„Parteintern gab es zwar Unterstützung für ehrenamtliche Ämter, bis zu einem gewissen Grad, wo Konkurrenzen mit anderen dann nicht direkt bestanden. Die Machtspiele zwischen jungen Frauen und lang etablierten Männern, die dann auf andere gefügigere Frauen umschwenken können, gaben mir ein ekliges Gefühl, [...] eine Figur auf deren Schachbrettern zu sein. Der eigenständige Weg/sich davon zu emanzipieren, ist sehr mühsam und zwischenzeitlich für das eigene Fortkommen gefährlich.“*

### **Körperliche Gewalt: „Ich wäre um ein Haar in den Straßenverkehr gestürzt“**

Die folgenden Ergebnisse geben Einblick in Erfahrungen von weiblichen Bundestagsabgeordneten mit körperlicher Gewalt und Bedrohung im politischen Alltag. Auch wenn direkte körperliche Angriffe durch die Umfrageteilnehmerinnen (n=16) kaum berichtet wurden, zeigen die Schilderungen, dass bereits Bedrohungssituationen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit das Sicherheitsempfinden nachhaltig beeinflussen. Die beschriebenen Vorfälle ereigneten sich alle durch Dritte, also etwa Bürger\*innen, z. B. durch Gruppen, während öffentlicher Versammlungen und Kundgebungen, aber auch durch Einzelpersonen.

So berichten drei Politikerinnen davon, wie sie sich durch die **Einschränkung ihrer freien Bewegung** durch andere ausgeliefert fühlten. Eine Abgeordnete wurde von einer Aktivist\*innen-Gruppe eingekreist und angeschrien. Eine andere Politikerin berichtet von einem Vorfall während der Corona-Pandemie, bei dem ganze Bereiche rund um das Reichstagsgebäude von gewaltbereiten Demonstrierenden herum so belagert wurden, dass man weit ausweichen musste. Es roch nach Feuer im Plenarsaal, von draußen hörte man Schreien und die Abgeordnete dachte zunächst, jemand hätte das Gebäude in Brand gesetzt. Die daraus resultierende Verunsicherung führte zu nachhaltigen Verhaltensänderungen in ihrem Alltag:

*„Ich hatte damals auch Angst beim Fußweg zum Bundestag, ging Umwege oder nutzte den Fahrdienst, wo ich normalerweise gelaufen wäre, aus Angst vor tätlichen Übergriffen.“*

---

39 Vgl. Köcher, Renate und Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen.

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit steht dabei in engem Zusammenhang mit der Angst vor körperlicher Gewalt und weist auf die Verschränkung psychischer und physischer Gewaltformen hin.

Auch wurde von **Gefährdungssituationen auf beengtem Raum** berichtet, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Mandatsausübung stehen. So können gerade berufliche Kontexte wie die Nutzung des Fahrdienstes, den der Bundestag für Parlamentarier\*innen bereitstellt, Situationen hervorbringen, in denen Abgeordnete aufgrund struktureller Abhängigkeiten und fehlender Ausweichmöglichkeiten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind. Solche Konstellationen können als Formen körperlicher Gefährdung und situativer Freiheitsentziehung verstanden werden und verdeutlichen spezifische Verwundbarkeiten von Amts- und Mandatsträgerinnen:

*„Vom Fahrdienst habe ich in einer Nacht einen Fahrer gehabt, der mich voll zugeredet hat und zunehmend gequält hat. Konkret: mit komischen Aussagen zu seinem Privatleben, seiner Ex und wenn sie sterben würde, dann würde er für sie bis zuletzt da sein, er würde Erfahrung im Rettungsdienst haben und Oberkörper schon mal durchgeschnitten haben... dabei ist er ohne Hände auf dem Lenker gefahren und trotz meiner Anmerkung und Bitte, die Hände auf dem Lenker zu halten, hat er mir erklärt, dass er ein Profi wäre.“*

Dieser Fall verdeutlicht, wie ein fahrlässiger Fahrstil, dem die Bundestagspolitikerin in der Situation vollständig ausgeliefert war, ihr Sicherheitsempfinden angriff und im Zusammenhang mit den als unheimlich empfundenen Äußerungen die Sorge, dass ihr etwas passieren könnte, noch verstärkte. Die Mandatsträgerin, die diesen Fall schilderte, beriet sich hierzu mit einem männlichen Kollegen und wollte den Fahrer sperren lassen, konnte ihn jedoch letztlich nicht mehr ausfindig machen.

Tatsächliche **körperliche Übergriffe** werden zwar seltener berichtet, sind allerdings dennoch Teil der Erfahrungen einzelner Abgeordneter. So gibt in dieser Umfrage eine Politikerin an, Formen direkter körperlicher Gewalt wie Schlagen, Stoßen oder Treten erlebt zu haben. Die folgenden Berichte verdeutlichen solche konkreten Ausprägungen körperlicher Gefährdungssituationen:

*„Mitten in der Corona-Pandemie griff mich ein Mann im Zug an und wollte tätlich werden und wurde nur von einem älteren Herrn davon abgehalten, mich zu schlagen. Sein Problem war, dass ich für das Maskentragen im ÖPNV war (es war damals Pflicht) und er sich nicht daran halten wollte.“*

*„Ich wurde einmal von einem Mann (Teilnehmer einer rechtsextremen Kundgebung) von hinten angesprungen und in die Kniekehlen getreten, als ich mich gerade wartend an einem Straßenübergang befand – ich wäre um ein Haar auf die Straße und in den Straßenverkehr gestürzt und hatte mir nur deshalb nicht ernsthaft wehgetan, weil der Angreifer beim Tritt gegen mein Bein davon abrutschte. Ich war vorher bei einer Gegenkundgebung gewesen, wo völlig gewaltfrei gegen Rechtsextremismus demonstriert wurde. Mehrere Polizisten griffen sofort ein und hielten den Mann fest. Ob sein Angriff irgendwelche Folgen hatte, weiß ich nicht.“*

Neben solchen unmittelbaren Übergriffen spielen auch **Bedrohungen mit Waffen** eine Rolle. Jede vierte Befragte berichtet von entsprechenden Drohungen, bei den unter 40-Jährigen ist es sogar jede Dritte. Auch wenn daraus nicht zwangsläufig tatsächliche Gewalthandlungen entstehen, tragen solche Drohungen erheblich zur subjektiven Gefährdungslage bei und verstärken das Gefühl permanenter Unsicherheit.

## Ökonomische Gewalt: „Das Schaufenster war danach komplett hinüber“

Im Fokus der folgenden Auswertung stehen Formen ökonomischer Gewalt, die sich sowohl in direkten Angriffen auf Eigentum als auch in der Einschränkung von Ressourcen innerhalb politischer Strukturen zeigen. Diese Formen der Gewalt wirken sich unmittelbar auf Handlungsspielräume, Sicherheit und Sichtbarkeit von weiblichen Bundestagsabgeordneten aus.

Etwa jede dritte Teilnehmerin an dieser Umfrage hat **Vandalismus und Sachbeschädigung** des beruflichen Eigentums erlebt. So wurde etwa das Wahlkreisbüro einer Abgeordneten mehrfach mit erheblicher Sachbeschädigung angegriffen, einmal durch ein Feuer. Auch zertrümmerte und eingeschlagene Fensterscheiben oder Schmierereien bis hin zu Hakenkreuzen wurden von den Politikerinnen beschrieben.

Die befragten Parlamentarierinnen (n=16) berichten außerdem von Farbbattacken oder beschmierten bis hin zu zerstörten Wahlplakaten. Die Angriffe auf Wahlkreisbüros und weiterer Vandalismus wurden in den meisten Fällen auch an die Polizei, den Staatsschutz, das Bundeskriminalamt oder Staatsanwaltschaften gemeldet. Eine ehemalige Bundestagspolitikerin berichtet, dass in keinem einzigen Fall, den sie gemeldet hat, jemals Täter\*innen ermittelt werden konnten.

Auch innerhalb des parlamentarischen Betriebs oder der Fraktion kann ökonomische Gewalt vorkommen, indem der **Zugang zu Ressourcen** eingeschränkt wird oder diese sogar verweigert werden. Bezogen auf die Bundestagsverwaltung wurde dies von keiner befragten Person berichtet, allerdings teilt eine Abgeordnete mit, dass sie sich in der Sichtbarkeit ihrer Arbeit durch die eigene Fraktion eingeschränkt fühlte:

*„Ich habe deutlich weniger Unterstützung durch die Fraktions-Öffentlichkeitsarbeit erhalten als viele andere, z. B. Weiterverteilung von Pressemitteilungen auf den Fraktionskanälen, Verbreitung von Rede-Zitaten oder Ähnliches.“*

Anhaltspunkte für geschlechtsbasierte Diskriminierung bei der Wahlkampffinanzierung wurden von den Teilnehmerinnen nicht berichtet, obwohl ein Gutachten von Elke Wiechmann und Lars Holtkamp von 2025 auf das generelle Vorkommen bei Kandidierenden aus SPD und CDU/CSU schließen lässt.<sup>40</sup> Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass es dazu keine Erfahrungen bei den (direkt) gewählten Abgeordneten gibt, allerdings lässt sich vermuten, dass die meisten hier befragten Bundestagspolitikerinnen aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit über Listenplätze statt Direktmandate eingezogen sind.

---

40 Wiechmann, Elke und Holtkamp, Lars (2025): Wahlkampf und Wahlkampffinanzierung von Direktkandidaturen.

# 5. Zwischen Gegenwehr und Rückzug – Umgang mit Gewalterfahrungen

Basierend auf den Rückmeldungen der Befragten lassen sich einige Rückschlüsse auf den Umgang mit dem Erlebten gewinnen. Dazu zählen v.a. das Melden der Vorfälle an unterschiedliche Stellen sowie der Einfluss von Anfeindungen auf den Einsatz für bestimmte Themen.

## Polizei, Partei, Plattform? Wohin sich Betroffene wenden

Die Mehrheit der Politikerinnen, die Formen psychologischer, digitaler oder ökonomischer Gewalt erlebt hat, gibt an, bereits mindestens einen Fall gemeldet zu haben. Dazu haben die Betroffenen sich bei Beleidigungen oder Drohungen (also Formen psychischer Gewalt) größtenteils an die Polizei und/oder Staatsanwaltschaften gewandt, gefolgt von Online-Plattformen, wenn sich der Vorfall im Netz ereignet hat.

**Tabelle 2: Von den Betroffenen genutzte Meldestellen bei psychischer Gewalt**

Polizei/Staatsanwaltschaft	12
Online-Plattform	4
Anlauf-/Beratungsstelle	2
Ombuds- oder Schlichtungsstelle bzw. fraktionsintern	2

*(Angaben in absoluten Zahlen. Frage mit Mehrfachnennung.)*

Die Meldung an Plattformen selbst scheint bei digitaler Gewalt zunächst die naheliegendste Option. Dennoch wurden auch hier am häufigsten Ermittlungsbehörden eingeschaltet, was möglicherweise darauf hindeutet, dass die Inhalte als strafbar eingeschätzt wurden.

Beratungsstellen wurden insgesamt eher vereinzelt genutzt, jedoch häufiger, als es Ergebnisse aus Befragungen auf kommunaler Ebene nahelegen.<sup>41</sup> Hier sollten Gründe näher untersucht werden, denn es lässt sich nur mutmaßen, ob weibliche Betroffene möglicherweise eher den Austausch mit Familie oder Kolleg\*innen suchen,<sup>42</sup> etwa weil sie sich hier für emotionale Unterstützung besser aufgehoben fühlen oder wiederum bereits so vertraut mit Angriffen sind, dass sie direkt wissen, wie sie verfahren können. Direkt nach den Bedarfen gefragt, wünschen sich jedenfalls mehrere Politikerinnen emotionalen und rechtlichen Beistand durch spezialisierte Anlaufstellen, etwa übergreifend in der Bundestagsverwaltung angesiedelt oder extern, mit einem speziellen Fokus auf (Berufs-)Politiker\*innen. So gibt es etwa die „starke Stelle“, eine Verweisberatung für Politiker\*innen,

41 Bitschnau, Sarah und Eberspach, Kirsten (2024): Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Frühjahrsbefragung 2024.

42 Vgl. Blätte, Andreas et al. (2022): Vielfältige Repräsentation unter Druck.

die Anfeindungen erleben. Diese ist allerdings für die kommunale Ebene – und damit nicht für Bundestagsabgeordnete – zuständig.

**Tabelle 3: Von den Betroffenen genutzte Meldestellen bei digitaler Gewalt**

Polizei/Staatsanwaltschaft	9
Online-Plattform	4
Anlauf-/Beratungsstelle	3

*(Angaben in absoluten Zahlen. Frage mit Mehrfachnennung.)*

Im Bereich ökonomische Gewalt wurden insbesondere Fälle von Sachbeschädigung und Vandalismus gemeldet. Da etwa die Gewalt gegen Wahlkreisbüros im öffentlichen Raum wohl am unmittelbarsten sichtbar ist, haben fast alle davon Betroffenen in dieser Umfrage angegeben, bereits mindestens einmal etwas gemeldet zu haben, insbesondere an Strafverfolgungsbehörden.

**Tabelle 4: Von den Betroffenen genutzte Meldestellen bei ökonomischer Gewalt**

Polizei/Staatsanwaltschaft	4
Staatsschutz/BKA	1
Anlauf-/Beratungsstelle	1

*(Angaben in absoluten Zahlen. Frage mit Mehrfachnennung.)*

Sexualisierte Formen von Gewalt wurden von den Betroffenen kaum gemeldet. Auch wenn über die Gründe nur gemutmaßt werden kann, lassen Äußerungen zu den entsprechenden Fällen nahelegen, dass hierbei Sorge um die Glaubwürdigkeit und den eigenen Ruf besteht, insbesondere, wenn die Konsequenzen für die Täter\*innen gering ausfallen, gerade wenn eine Art Abhängigkeits- oder Hierarchieverhältnis im Spiel ist. Spezialisierte und unabhängige Strukturen, wie z. B. Ombudsstellen innerhalb von Fraktionen bzw. Parteien, können hier Abhilfe schaffen. So können Betroffene das Spannungsfeld von politischer Loyalität und dem Ruf der Partei, aber auch der Verletzung eigener Grenzen navigieren, ohne sich etwa direkt selbst an die politische Führung wenden zu müssen. Für Vorfälle mit Politiker\*innen anderer Fraktionen sollte über eine überparteiliche Stelle im Bundestag nachgedacht werden, gerade weil es eine solche laut Schilderungen der Betroffenen bereits für Mitarbeitende gibt.

Körperliche Gewalt wurde durch die hier Befragten nicht gemeldet – in dem einzigen berichteten Fall lag dies daran, dass die Polizei bereits anwesend war und direkt vor Ort eingeschritten ist.

## **Wenn Anfeindungen Themen beeinflussen**

Die meisten der 16 vollständig Befragten geben an, trotz aller Anfeindungen nicht etwa bestimmte Themen zu meiden. Bei den acht ehemaligen Bundestagsabgeordneten ist der Anteil derer, die relativierend mit „eher nicht“ antworten, jedoch größer als unter den aktuellen Mandatsträgerinnen – bei Letzteren sind sich fünf von acht sicher, keine Themen zu meiden. Vier der 16 Politikerinnen, also ein Viertel, geben allerdings an, manche Themen (Corona-Maßnahmen, Migration, Themen mit Bezug zu bestimmten Ländern oder Regionen) eher zu meiden.

Dies zeigt bereits einen nicht unerheblichen Einfluss auf den demokratischen Diskurs bzw. sogenannte Silencing-Effekte auf. Hinzu kommt, dass sich dieser Wert nicht zwischen den aktuellen und ehemaligen Bundestagspolitikerinnen unterscheidet, d.h. auch aktuelle Abgeordnete äußern sich bereits jetzt zu bestimmten Themen nicht (mehr), weil sie mit Hass und Anfeindungen rechnen (müssen).

Auch wenn die Fallzahlen zu gering für generalisierte Aussagen sind, ist beachtlich, dass zwei von vier Politikerinnen, die angeben, bestimmte Themen eher zu vermeiden, nach eigenen Angaben Personen mit Migrationsgeschichte sind. Bei einer von zwei Personen kann angenommen werden, dass dies im Zusammenhang mit den Vermeidungsthemen (etwa einer tatsächlichen oder assoziierten biografischen/familiären Verbindung) steht.

## 6. Was es jetzt braucht: Wünsche und Bedarfe der befragten Politikerinnen

Die Teilnehmenden der Umfrage hatten die Möglichkeit, anzugeben, was sie aus ihrer Sicht bzw. den persönlichen Erfahrungen heraus für verbesserungswürdig halten. Die folgenden fünf Kategorien umschreiben, wo die Bundestagspolitikerinnen Verbesserungsbedarf sehen und welche Vorschläge sie dafür haben:

### Sensibilisierte und konsequente Strafverfolgung

In dieser Kategorie geht es um strukturelle Probleme bei Polizei und Justiz. Die Umfrageteilnehmerinnen beschreiben mangelnde Konsequenzen bei der Verfolgung von Straftaten sowie Überlastung bei den Ermittlungsbehörden. Dies führt bei Betroffenen wiederum dazu, dass Anzeigen als wirkungslos wahrgenommen werden und teilweise gar nicht mehr gestellt werden:

*„Ich empfand [eine Verfahrenseinstellung, weil bereits wegen eines schwereren Vergehens ermittelt wurde] als direkte Botschaft an mich [...], dass es einfach nicht wichtig sei, wenn mich jemand derart schlimm beleidigt. Ich fühlte mich nicht vom Rechtsstaat unterstützt, weder von der Polizei noch von der Justiz. Wenn jemand ein Auto klaut und außerdem eine schwere Körperverletzung begeht, wird ja auch nicht das Verfahren zum Autoklau eingestellt, nur weil die potenzielle Strafe für die Körperverletzung höher ist.“*

Gerade bei Vorfällen in den Bereichen digitaler und/oder sexualisierter Gewalt gaben vergleichsweise wenige Politikerinnen an, Taten gemeldet zu haben: Gerade bei einem hohen Vorkommen im Bereich der digitalen Gewalt zahlt dies auf die Wahrnehmung des Internets als weitestgehend rechtsfreien und anonymen Raum ein.

Hinzu kommen mangelnde Sensibilisierung und entsprechend ein als gering wahrgenommener Ermittlungswillen. Ein größeres Bewusstsein für die Konsequenzen für die gesamte Demokratie sollte eigentlich eine Priorität sein, denn unter dem Rückzug von Frauen und weiterer marginalisierter Gruppen leiden ihre Repräsentativität und Legitimität sowie letztlich das gesellschaftliche Vertrauen in die Politik und staatliche Institutionen.

### Was braucht es?

- Sensibilisierungsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau bei Ermittlungsbehörden,
- Spezialisierte bzw. sensibilisierte Anlaufstellen für Gewalt gegen Amts- und Mandatstragende,
- Monitoring und Berichtspflichten zur Erfassung von Anzeigequoten, Einstellungsraten und Verurteilungen bei politischer und geschlechtsbasierter Gewalt zur systematischen Identifizierung von Lücken und Schwachstellen.

## Institutionelle Anlaufstellen und Unterstützungsstrukturen

Der Großteil der 16 vollständig Befragten empfindet Schutz- und Meldemechanismen als unzureichend. Insbesondere Politikerinnen unter 40 Jahren sehen hier durchgehend Handlungsbedarf. Dabei steht der Bedarf an klaren, gut ausgestatteten Unterstützungsangeboten im Mittelpunkt. So werden v.a. spezialisierte, überparteiliche und unabhängige (Beschwerde-)Stellen innerhalb des Deutschen Bundestages sowie externe Unterstützungsstrukturen gefordert, insbesondere für den Umgang mit digitalen Angriffen und rechtlichen Fragen. So beschreibt eine Abgeordnete:

*„Es gibt und gab im Bundestag keine Stelle, wo man Sexismuserfahrungen als weibliche MdB melden und Unterstützung erhalten konnte. Es gab nur Anlaufstellen für Mitarbeiterinnen und Angestellte. Eine solche Stelle für MdB war im Gespräch und es gab dazu eine Initiative und ein Meeting, dann starb der Initiator [...] und niemand führte die Initiative weiter.“*

*Ich fühlte mich mit meinen Erfahrungen allein gelassen und ausgeliefert. Sowohl gegenüber sexistischen Mitgliedern der eigenen Fraktion (die Fälle waren weniger schwer, aber durch die Fraktionszugehörigkeit besonders unangenehm) als auch gegenüber frauenfeindlichen Angriffen, die von außerhalb des Parlaments kamen.“*

Den Zusammenhang zwischen guter Beratung, Begleitung und Unterstützung durch adäquate Ressourcen beschreibt eine ehemalige Bundestagsabgeordnete wie folgt:

*„Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass es eine Art HateAid für weibliche MdB gibt, um sich gegen frauenfeindliche Aggression besser wehren zu können. Das ‚sich wehren‘ ist nämlich teuer und braucht viel Energie, die hat man aber nicht, wenn man überarbeitet und zusätzlich Zielscheibe ist. Deshalb wehrt man sich viel zu selten und zeigt viel zu wenige Fälle an.“*

### Was braucht es?

- Überparteiliche und unabhängige Melde-/Beschwerdestelle im Bundestag (sowie in den einzelnen Fraktionen) mit entsprechenden Ressourcen und Sanktionsmöglichkeiten,
- Rechtliche, aber auch psychosoziale Beratung und Begleitung von Betroffenen (nach Möglichkeit auf für Mitarbeitende zugänglich, da diese die Mails und Kommentare häufig als Erste lesen oder bereits vorsortieren),
- Ressourcen zur konsequenten Verfolgung auch kleinerer (aber oft in der Summe herausfordernder) Grenzüberschreitungen, etwa durch KI-gestützte Programme oder eine Stelle in der Bundestagsverwaltung oder der Bundestagspolizei.

## Maßnahmen gegen Sexismus und Diskriminierung

Geschlechtsspezifische Diskriminierung kommt in den Erfahrungen der befragten Politikerinnen sowie in anderen Publikationen zum Thema<sup>43</sup> deutlich zum Vorschein. Dabei werden mangelnder Schutz vor sexistischem Verhalten im Plenum sowie in der eigenen Partei/Fraktion und die zudem meist unzureichende Sanktionierung solcher Vorfälle geschildert. Abfällige Äußerungen, Auslachen, überdurchschnittlich häufiges Unterbrechen – und dies im öffentlichen Raum, in dem noch davon ausgegangen werden kann, dass den Abgeordneten bewusst ist, dass ihre Äußerungen und Handlungen beobachtet werden – sind nur einige Beispiele für Verhalten, das eine einschüchternde und feindselige Atmosphäre schafft. Hier ist ein Kulturwandel nötig, für den es Grenzen zu definieren und durchzusetzen gilt, um diskriminierendem Verhalten Einhalt zu gebieten.

### Was braucht es?

- Ein gemeinsames Verständnis und Leitlinien (bspw. durch einen Verhaltenskodex) für den respektvollen und diskriminierungsfreien Umgang (etwa im Parlament, innerhalb der Fraktion, gegenüber Mitarbeitenden und der Verwaltung, etc.),
- Entsprechende Sensibilisierung für Sitzungsleitungen und Ausschussvorsitzende,
- Eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch außerhalb des Arbeitsplatzes,
- Konsequenzen (z. B. Sanktionen) für Täter\*innen bei Fehlverhalten,
- Monitoring von Redeunterbrechungen und Redeverhalten, um strukturelle Benachteiligung im (öffentlichen) parlamentarischen Ablauf sichtbar zu machen.

## Plattformregulierung und Verantwortlichkeit

Im Umgang mit digitaler Gewalt treten insbesondere strukturelle Probleme im Umgang mit Hass und Desinformation in den sozialen Medien auf. Dabei werden von den Befragten fehlende oder unzureichende Moderation und Regulierung, einschließlich unzulänglicher Konsequenzen, kritisiert. Eine Abgeordnete bemängelt hier v.a. die bewusste Desinformation und Verzerrung etwa durch das Veröffentlichen von Aussagen auf offiziellen Parteiaccounts, die darauf abzielen, Follower\*innen gegen bestimmte Themen oder Personen zu versammeln und sie regelrecht geballt auf Politiker\*innen anderer Parteien zu hetzen. Sie sieht hier auch einen Mangel an Moderation durch Plattformen sowie an Mäßigung seitens der Amts- und Mandatstragenden selbst.

*„Dies passierte besonders häufig bei weiblichen MdB. Es sollte Möglichkeiten geben, dies zu sanktionieren. MINDESTENS sollte es Ressourcen im Bundestag geben, die strafbare Inhalte bei den Plattformen melden und bei der Polizei anzeigen. Nichts davon findet statt und die Last sollte nicht bei den Opfern liegen.“*

43 Vgl. Köcher, Renate und Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen; Weidhofer, Cécile, et al. (2023): Mit Kind in die Politik; HateAid et al. (2025): Angegriffen & alleingelassen.

Eine andere Abgeordnete spricht sich dafür aus, eine Klarnamenpflicht einzuführen und damit anonymen und Fake-Accounts Einhalt zu gebieten. Mangelnde Konsequenzen bei Meldungen an Plattformen werden ebenfalls kritisiert.

### **Was braucht es?**

- Leitlinien oder eine Art Fairnessabkommen für den politischen Wettbewerb,
- Die Durchsetzung bestehender EU-Richtlinien und -Verordnungen, wie bspw. des Digital Services Act (DSA), insbesondere bei Melde- und Löschfristen,
- Faktenprüfung sowie Klarstellungen bei Kontextverzerrungen und gezielter Desinformation,
- Ressourcen und Leitlinien für eine transparente Moderation der Kommentare auf Accounts öffentlicher Stellen und Medien zum Schutz von Betroffenen,
- Bereitstellung technischer Unterstützung für Betroffene (z. B. durch die Bundestagsverwaltung), etwa durch Monitoring- und Auswertungs-Tools, automatisierte Dokumentationsmöglichkeiten oder Personalressourcen.

### **Gesellschaftliche Verantwortung und öffentliche Sensibilisierung**

Auch für den breiteren gesellschaftlichen Kontext benötigt es Maßnahmen, um einen Kulturwandel anzuregen. So fehlen den Betroffenen häufig öffentliche Aufmerksamkeit, Solidarität und Unterstützung durch das erweiterte Umfeld, insbesondere durch Männer und durch die politische Führung.

### **Was braucht es?**

- Sensibilisierte mediale Berichterstattung,
- Digitale Zivilcourage, Gegenrede und das Verstärken positiver/unterstützender statt spaltender Reaktionen, die den Algorithmus befeuern,
- Positionierungen und öffentliches Engagement von Männern in Politik und Gesellschaft,
- Öffentliche Kampagnen und Lagebilder zum Ausmaß und den gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen von Gewalt gegen Politiker\*innen.

## 7. Literaturverzeichnis

- Bitschnau, Sarah, und Kirsten Eberspach. *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Frühjahrsbefragung 2024*. Kommunales Monitoring herausgegeben von MOTRA. MOTRA, 2024. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/11/KoMo-Fruehjahrsbefragung-2024-RZ.pdf>.
- Blätte, Andreas, Laura Dinnebier und Merve Schmitz-Vardar. *Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik*. Schriften zur Demokratie Band 64. Vielfaltsstudie Teil 2. Heinrich-Böll-Stiftung, 2022. [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie\\_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck\\_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf).
- Brodnig, Ingrid. *Feindbild Frau. Wie Politikerinnen im Netz bedroht, beleidigt und verdrängt werden – und was wir alle dagegen tun können*. 1. Auflage. Christian Brandstätter Verlag, 2026.
- Bundeskriminalamt (BKA). *Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Bundeslagebild 2023. 2024*. <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2023.html?nn=237578>.
- Bundesministerium des Innern (BMI) und Bundeskriminalamt (BKA). *Fact Sheet: Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität*. 2025. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25045\\_pmk2024-factsheet.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/BMI25045_pmk2024-factsheet.pdf?__blob=publicationFile&v=7)
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Aylene Heller und Elmar Brähler. „Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf“. In *Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. <https://www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf>.
- Der Spiegel. „Abwertende Zwischenrufe: Bundestagspräsidentin Bas beklagt Sexismus im Plenarsaal“. *Der Spiegel*, 20. Dezember 2024. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/baerbel-bas-bundestagspraesidentin-beklagt-sexismus-im-plenarsaal-zwischenrufe-und-rauer-ton-a-091b45a9-3141-4602-b6cc-9af7162de4be>.
- Der Spiegel. „SPIEGEL-Umfrage unter Parlamentarierinnen: Frauenfeindlichkeit im Bundestag durch AfD gestiegen“. *Der Spiegel*, 12. Februar 2021. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-frauenfeindlichkeit-durch-afd-gestiegen-a-4c8c425c-6b08-4ac5-b049-61ad65d1240c>.
- Deutscher Bundestag. *Alter, Geschlecht, Beruf. Abgeordneten-Statistik: Der neue Bundestag in Zahlen*. 24. Februar 2025. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw09-wahlergebnis-statistik-1055550>.
- Deutschlandfunk. „Bundestag: Zwei Drittel der Ordnungsrufe seit Ende 2021 gingen an AfD-Abgeordnete“. *Deutschlandfunk*, 6. März 2025. <https://www.deutschlandfunk.de/zwei-drittel-der-ordnungsrufe-seit-ende-2021-gingen-an-afd-abgeordnete-102.html>.
- Eubel, Cordula, Carsten Wolf, Fabio Ghelli, u. a. *Bundestag 2025: 73 Abgeordnete mit Migrationshintergrund*. 27. Februar 2025. <https://mediendienst-integration.de/news/73-abgeordnete-mit-migrationshintergrund/>.

- Europäische Union. *Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*, Dokument 32024L1385, 2024/1385 (2024). <https://eurlex.europa.eu/eli/dir/2024/1385/oj/eng>.
- Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE). *Glossary of Definitions of Rape, Femicide and Intimate Partner Violence*. Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, 2017. <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/glossary-definitions-rape-femicide-and-intimate-partner-violence>.
- Europarat. *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*. Dokument 22023A0602(01) (2011). <https://rm.coe.int/168008482e>.
- Hailer-Röthel, Teresa. “Decoding discourse: Gendered heckling in German Bundestag debates (1949-2021)”. *European Journal of Political Economy*, Nr. 93 (2026). <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2026.102814>.
- HateAid. *Doxxing: Was ist das und wie schützt du dich?* 26. November 2025. <https://hateaid.org/doxing/>.
- HateAid, Louise Koch, Angelina Voggenreiter und Janina Steinert. *Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild*. HateAid und Technische Universität München, 2025. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/01/hateaid-tum-studie-angegriffen-und-alleingelassen-2025.pdf>.
- Interparlamentarische Union (IPU). *Sexism, Harassment and Violence against Women in Parliaments in Europe*. Issues Brief, October 2018. Interparlamentarische Union (IPU) und Europarat (Council of Europe, CoE), 2018. <https://www.ipu.org/file/5472/download>.
- Interparlamentarische Union (IPU). *Sexism, Harassment and Violence against Women Parliamentarians*. Issues Brief, October 2016. Interparlamentarische Union (IPU), 2016. <https://www.ipu.org/file/2425/download>.
- Jähn, Nicole. „Nach Zwischenfall bei Demokratie-Demo: Polizei findet verbotene Sprengsätze in der Wohnung eines Auerbachers“. *Freie Presse* (Auerbach), 6. März 2024. <https://www.freiepresse.de/vogtland/auerbach/nach-zwischenfall-bei-demokratie-demo-polizei-findet-verbotene-sprengsaetze-in-der-wohnung-eines-auerbachers-artikel13276610>.
- Köcher, Renate und Helga Lukoschat. *Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen*. EAF Berlin, 2021. [https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022\\_EAF\\_Berlin\\_Lukoschat\\_Koecher\\_Politische\\_Teilhabe\\_von\\_Frauen\\_Studie.pdf](https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf).
- Krook, Mona und Juliana Restrepo Sanín. “Violence Against Women in Politics: A Defense of the Concept“. *Politica y Gobierno* 23 (2) (2016): 459–90. [https://www.scielo.org.mx/scielo.php?script=sci\\_arttext&pid=S1665-20372016000200459&lng=pt&nrm=iso&tlng=en](https://www.scielo.org.mx/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S1665-20372016000200459&lng=pt&nrm=iso&tlng=en).
- Robinson, Sarah. *Recognize, Resist, Rise Up - Country Report for Germany on Gender-based Violence against Women in Politics*. EAF Berlin, 2025. <https://www.eaf-berlin.de/was-wir-tun/studien-publikationen/publikation/recogniz-resist-rise-up-country-report-for-germany-on-gender-based-violence-against-women-in-politics>.
- Spieker, Greta Giuliana. „Immer mehr Ordnungsrufe im Bundestag: Dieser AfD-Abgeordnete wird am häufigsten ermahnt“. *rnd exklusiv*, 22. März 2025. <https://www.rnd.de/politik/mehr-ordnungsrufe-denn-je-im-bundestag-eine-fraktion-treibt-es-besonders-uebel-S7XBX3ONJEL3E6NLP2NSKWOB4.html>.

Weidhofer, Cécile, Dorothea Walchshäusl und Sarah Friedrich. *Mit Kind in die Politik - Gute Praktiken für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt*. EAF Berlin, 2023. [https://publikationen.b-cdn.net/2023\\_EAF\\_Berlin\\_Weidhofer\\_Walchshaeusl\\_Friedrich\\_Mit\\_Kind\\_in\\_die\\_Politik\\_Gute\\_Praktiken\\_fuer\\_fu%CC%88r\\_die\\_Vereinbarkeit\\_von\\_Familie\\_Beruf\\_und\\_kommunal-politischem\\_Ehrenamt.pdf](https://publikationen.b-cdn.net/2023_EAF_Berlin_Weidhofer_Walchshaeusl_Friedrich_Mit_Kind_in_die_Politik_Gute_Praktiken_fuer_fu%CC%88r_die_Vereinbarkeit_von_Familie_Beruf_und_kommunal-politischem_Ehrenamt.pdf).

Wiechmann, Elke und Lars Holtkamp. „Wahlkampf und Wahlkampffinanzierung von Direktkandidaturen“. *MIP - Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, Nr. Heft 2 (2025). <https://doi.org/10.24338/mip-2025335-368>.